



Liebe Leserin, lieber Leser,

Das Bundestagswahljahr hat begonnen und zeigt anhand des jüngsten Wahlausgangs in Niedersachsen, dass noch alles offen ist.

Am 15. September wird der 17. bayrische Landtag gewählt und in der Woche darauf, am 22. September 2013, werden zeitgleich der 19. hessische Landtag und der 18. Bundestag gewählt.

Das verspricht ein spannendes politisches Jahr zu werden. Wer in den einzelnen Parlamenten vertreten sein wird und welche Koalitionen eingegangen werden, wird sich zeigen.

Doch eines ist sicher: Es können nur politische Vertreter regieren, die den Menschen Antworten geben werden, eine klare Linie aufzeigen, verlässlich agieren und den Bürgern auf Augenhöhe begegnen.

Es bedarf klarer Aussagen und keiner Augenwischerei, denn auf politische Spielchen, unhaltbare Versprechen und Hü & Hott legen Wählerinnen und Wähler schon



lange keinen Wert mehr. Wir wollen Ihnen diese Antworten geben, Sie mitnehmen und damit ermuntern, wieder Vertrauen zu Ihren gewählten politischen Vertretern zu fassen. Sie sollen wissen, dass uns vor allem soziale Gerechtigkeit und gerechte Bildungschancen für alle Bürgerinnen und Bürger am Herzen liegen. Wir wollen und werden die Sorgen, Nöte und Probleme der Menschen in unserem Land ernst nehmen.

Ich lade Sie schon heute ein, unsere Veranstaltungen zu besuchen

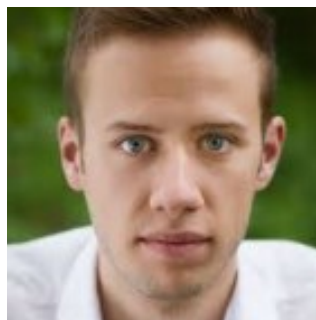
Ihre **Christel Ulmer-Walz**
Ortsvereinsvorsitzende

Kreis-SPD kritisiert Drohkulisse der OSK-Führung

SPD-Kreisverband und Kreistagsfraktion kritisieren die Art der Ankündigung der OSK, ihren Sanierungsplan auf Gehaltskürzungen zu stützen. Bereits vor den Tarifverhandlungen die Arbeitsplatzgarantie an in konkretes Einsparvolumen zu binden, baue ein Drohkulisse auf, die das Ergebnis von Verhandlungen vorwegnehme.

Des Weiteren fordern die Sozialdemokraten eine gerechte Verteilung der Sonderopfer, die die Gehälter proportional zu ihrer Höhe belaste.

Die Mitarbeiter tragen nicht die geringste Schuld an der Situation der OSK, sie sollten deshalb nicht die größten Opfer bringen müssen“, äußert der stellvertretende Kreisvorsitzende **Hannes Munzinger**.



Termine

01.05.2013

„150 Jahre SPD“

Fahrt zur Wanderausstellung
nach Stuttgart

26.05.2013 10:30 Uhr

Festakt zum Parteijubiläum
im Kornhaussaal in Weingarten

26.05.2013 14:00 Uhr

Ausstellungseröffnung „150
Jahre SPD“ im Schlössle in
Weingarten

22.09.2013

Bundestagswahl

**Es gibt keine Befreiung der
Menschheit ohne die soziale
Unabhängigkeit und Gleich-
stellung der Geschlechter**

August Bebel
(1840-1913)

Geburtstage

Eleonore Sandow, Mitglied in der SPD seit 1968, feierte am 04. Februar ihren 90. Geburtstag. Frau Sandow war viele Jahre ein prägendes Mitglied der Ravensburger SPD-Stadtratsfraktion und beruflich die erste Kriminalkommissarin der Ravensburger Kripo.

Frau Sandow trat unter anderem für den Erhalt des Ravensburger Heilig-Geist-Krankenhauses ein. Manfred Ströhm, stellvertretender Vorsitzender der Ravensburger SPD, gratulierte der rüstigen und schlagfertigen Jubilarin zu ihrem runden Geburtstag, bedankte sich für ihren engagierten Einsatz für die Ravensburger Bürgerinnen und Bürger und überreichte im Na-



men der Ravensburger SPD einen Blumenstrauß.

Das Bild zeigt die gut aufgelegte Frau Sandow zusammen mit dem Leiter der Ravensburger Polizei, Uwe Stürmer.



Kaum zu glauben!

Frank Walser feierte am 9. März seinen 60. Geburtstag.

Unserem langjährigen Mitglied und Vorsitzenden der SPD-Gemeinderatsfraktion gratulieren wir an dieser Stelle ganz herzlich und wünschen ihm alles Gute, viel Glück und Kraft für die weitere politische Arbeit.



Gisela Müller feierte am 19. März ihren 65. Geburtstag.

Wir gratulieren der engagierten Stadt- und Kreisrätin und wünschen ihr auf diesem Wege alles Gute, Gesundheit und weiterhin viel Erfolg in der Kommunalpolitik.

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

März

03. Theo Seitz 74.

09. Frank Walser 60.

19. Gisela Müller 65.

April

06. Elke Deigendesch 40.

18. Maria Ballarin 80.

Mai

07. Hermann Erne 92.

07. Prof. Dr. Rolf Prim 74.

24. Walther Schellhorn 79.

28. Eckhard Meussling 74.

Bitte beachten Sie, dass hier nur runde und „5er“ Geburtstage sowie 70 und höher aufgeführt sind.

Aktives Nachdenken über die Oberstadt

In der Schwäbischen Zeitung vom 13. Februar war's zu lesen: „OB lehnt nächtliche Sperrung der Oberstadt ab“ Punkt! Ende der Diskussion! Wirklich?

Zunächst: Dies kann und darf keine einsame Entscheidung von OB Dr. Rapp und der Verwaltung sein. Da ist der Gemeinderat gefragt und der will auch gefragt werden.

Doch der Reihe nach: Die Ravensburger SPD setzt sich seit vielen Jahren für eine Beruhigung der Innenstadt unter besonderer Berücksichtigung der Oberstadt mit einem schlüssigen Verkehrskonzept ein. Wäre es nach uns gegangen, hätte man die Schließung des Marienplatzes nach dem tragischen Turmbrand nicht wieder rückgängig gemacht. Leider war und ist auch die alte SPD-Forderung nach einer Einbahnregelung der Burgstraße (bergab) derzeit im Gemeinderat politisch nicht durchsetzbar. Ob dies so bleibt, entscheiden die Wählerinnen und Wähler im nächsten Jahr.

Was bis dahin bleibt, sind eine Menge Fragen, über die man gemeinsam nachdenken könnte – wenn man denn wollte:

- Wäre eine Ampelregelung der Burgstraße (aufwärts und abwärts im Wechsel) hilfreich?
- Wo könnte das Prinzip „Einfahrt = Ausfahrt (ohne Durchfahrt)“ verwirklicht werden?
- Warum ist es nicht möglich, die Oberstadt in der Zeit von 22:00 – 8:00 Uhr nur für Anwohner zugänglich zu machen?
- Ist eine nächtliche Sperrung der Oberstadt für Motorräder denkbar?
- Wäre es sinnvoll, die Innenstadt vom PKW-Verkehr zu entlasten, indem man nach 20 Uhr den Bus kostenlos anbietet?

Fragen über Fragen. Gespannt wartet die SPD gemeinsam mit der Agendagruppe „Oberstadt“ auf das Verkehrskonzept, das die Verwaltung nach Aussage des OB für dieses Frühjahr in Aussicht gestellt hat. Die Neugestaltung des Gespinstmarkts wird sicherlich ein Eckpunkt dieses Konzepts sein. Sicher, man kann so lange warten, wenn's einer wirklich guten Lösung dient.

Aber bis zur Fertigstellung des Molldieter-Tunnels warten wir auf keinen Fall!

Wolfgang Engelberger

„D'Stadt g'hört uns!“

Jahrzehntelang war dies die (wirklich ernst gemeinte!) Auffassung der CDU. Und nicht nur die Stadt - auch gleich ganz Baden-Württemberg dazu. Und so hat man sich dann auch geriert. Und jetzt hat sich das doch tatsächlich geändert. Die Stadt gehört Euch schon lange nicht mehr und das Land hoffentlich auch auf lange Zeit nicht mehr. Verständlich, dass sich da der eine oder andere CDU'ler etwas schwer tut anzuerkennen, was er doch jahrzehntelang anders gewohnt war.

Aktuelles Beispiel gefällig? Das „Ortschaftsblättle“ oder offiziell „WIR in Eschach, Schmalegg und Taldorf“. Um zu verhindern, dass das „WIR“ zum Parteiblatt für wen auch immer degeneriert, hat sich die Stadtverwaltung „**Richtlinien zur Behandlung**

von Parteiberichten, Hinweisen auf Veranstaltungen und Wahlwerbung im Mitteilungsblatt der Ortschaften Eschach, Schmalegg und Taldorf“ gegeben (diesen umständlichen und anspruchsvollen Titel trägt das Teil tatsächlich; dabei ist die Überschrift fast umfangreicher als die dann folgenden Regelungen...).

Ja, und nach diesen Regelungen sind „Berichte über Veranstaltungen der Parteien/Wählervereinigungen...“ oder „Hinweise auf Wahl- oder Parteiveranstaltungen...“ im Blättle zulässig. Nicht mehr und nicht weniger. Aber muss man solche kleinlichen Regelungen wirklich berücksichtigen, wenn man doch (immer noch) der festen Überzeugung ist, dass einem die Stadt gehört? Nein, natürlich nicht!



Wolfgang Engelberger

Gemeinderat seit 1994

Mitglied u.a. im:

- Altstadtbeirat
- Ausschuss für Bildung und Schule
- Beirat für Schulentwicklung
- Kulturforum
- Sozialausschuss



Frank Walser

Gemeinderat seit 1989 SPD-Fraktionsvorsitzender

Mitglied u.a. im:

- Verwaltungsausschuss
- Werksausschuss
- Wirtschaftsbeirat

Also erschien in der Ausgabe vom 17.01.2013 unter der Rubrik „Sonstiges“ und unter der Überschrift „CDU-Verbände“ eine Stellungnahme der CDU-Fraktion der Kernstadt, der CDU-Fraktionen der Ortschaften und der fünf CDU-Stadtverbände zum Thema „Ja zur Eigenverantwortlichkeit, zur Selbstständigkeit und Bürgernähe unserer Ortschaften!“.

Also weit und breit kein Bericht über eine Veranstaltung, sondern eine politische Stellungnahme zur Aussage des FWV-Fraktionsvorsitzenden Werner Fricker, die dieser im Rahmen der Haushaltsberatungen zu den Ortschaften getroffen hatte und über die man nun wahrlich denken kann wie man will. Fest steht jedenfalls, dass die Veröffentlichung der CDU einen offensichtlichen, ja gar haarsträubenden Verstoß gegen die geltenden städtischen Richtlinien darstellte.

Aber wen juckt's, wenn einem doch die Stadt gehört?

Sehr schade, dass die Ortsvorsteher/in, die ja eigentlich damit beauftragt sind, die Einhaltung der eigenen Regeln zu überwachen, nicht aufgepasst (oder sich nicht durchgesetzt) haben. Und noch bedauerlicher, dass der OB, von der SPD-Fraktion auf diesen Vorgang angesprochen, gar noch der Ansicht ist, die angesprochene Veröffentlichung sei durch die geltenden Regelungen „gedeckt“.

Bei Juristen spricht man ja nicht von richtigen oder falschen Ansichten, sondern von mehr oder weniger vertretbaren. Diese Ansicht, sehr geehrter Herr Dr. Rapp, ist aber gar nicht vertretbar!

Und an die Verantwortlichen der CDU appelliere ich, endlich zu akzeptieren, dass weder diese Stadt noch dieses Land fürderhin Euer Eigentum sind und sich dementsprechend an geltende Regelungen zu halten, auch wenn's manchmal weh tut!



Martin Gerster, MdB

Poststr. 7, 88400 Biberach

Tel. 07351/3003000

Fax 07351/3003001

[martin.gerster](mailto:martin.gerster@wk.bundestag.de)

@wk.bundestag.de

www.martin-gerster.de

Partei Jubiläum 2013 – Nur wenn man weiß, woher man kommt, weiß man auch, wohin man will!

Am **1. Mai 2013** geht es nach **Stuttgart** auf den Spuren der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie.

Die Fahrt wird organisiert und moderiert von Jörg Bogenrieder, der bereits mehrere historische Exkursionen veranstaltet hat.

Im Mittelpunkt steht der Besuch der **Wanderausstellung „150 Jahre SPD“**, die im Rathaus in Stuttgart gezeigt wird.

Davor werden wir das SPD-„**Waldheim**“ auf dem Raichberg (erbaut 1931) besuchen, einer der früheren Erholungsstätten und Treffpunkte von Arbeiterfamilien. Hier gibt es die Gelegenheit zum Kaffeetrinken.

Im Anschluss an den Besuch der Ausstellung wird sich ein kleiner **Stadtrundgang** bzw. eine kleine **Stadtrundfahrt** mit dem Bus anschließen (u.a. Besuch des Gedenkstättenortes „Hotel Silber“ – Ort der Gestapozentrale in Stuttgart 1933-1945).

Vor der Rückfahrt wird allen Gelegenheit zur Einkehr gegeben.

Abfahrt u.a. ab Ravensburg 7:30 Uhr; Weingarten 7:40 Uhr;



Weitere Zustiegsmöglichkeiten sind abhängig von den Anmeldungen: evtl. Amtzell, Grünkraut, Baienfurt/Baindt, Gaisbeuren, Aulendorf, Biberach.

Rückfahrt gegen 17 Uhr; Rückkehr an den Abfahrtsorten ca. 19:45-20:15 Uhr

Fahrtkosten: 15,-- Euro pro Person (Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre 7,50 Euro.)

Anmeldung ab sofort möglich:

E-Mail: bogenrieder-spd@t-online.de oder

Telefon: ab 18 Uhr unter: 07529/63212



Martin Rivoir, MdL

Söflinger Straße 145

89077 Ulm

Tel. 0731 / 3989700

Fax 0731 / 3989701

[martin.rivoir@](mailto:martin.rivoir@spd.landtag-bw.de)

spd.landtag-bw.de

Die Anmeldung wird erst mit Bezahlung der Fahrkosten verbindlich.

Der Bus verfügt über 51 Plätze. Reservierung erfolgt nach Eingang der Zahlung

Zahlung per Überweisung an

SPD Kreisverband Ravensburg

Kontonummer: 48014357

Kreissparkasse Ravensburg, BLZ 65050110

Verwendungszweck: Fahrt Stuttgart, Vor- und Nachname des Teilnehmers

SPD eröffnet Bürger-Dialog in Oberzell

Immerhin war es ein halbes Dutzend Teilnehmer, die sich am vergangenen Freitag im Sportheim in Oberzell zu einem erstmaligen „SPD-Stammtisch“ einfanden. Dabei ging es richtig zur (kommunal-) politischen Sache.

Für Unmut auch in Taldorf hatte der Vorstoß von FWV-Gemeinderat Fricker gegen die gewachsene Ortschaftsverfassung gesorgt. Hier hätten die Bürger eine schärfere Reaktion von Stadtverwaltung und Gemeinderat erwartet, auch vonseiten der SPD. „Hände weg von unserer bewährten Eigenständigkeit“, erklärte unmissverständlich ein Teilnehmer.

Kritisiert wurde auch, dass immer noch mit Riesenplakaten für den Bau der B 30- Süd geworben würde, und Ramsauer ein recht bescheidenes „Wahl-Geschenkle“ herausrücke.

Die SPD erinnerte an eine weitere Panne: Die CDU aus den Ortschaften Taldorf und Eschach hätte es tatsächlich „geschafft“, dass es im Süden von Ravensburg nicht einmal mehr einen Hauptschulabschluss gibt.

Der nächste „Bürger-Dialog“ mit der SPD Ravensburg findet im Juni in Schmalegg statt.

Günther Biegert



Günther Biegert

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Ortschaften

Ministerin Katrin Altpeter zum Fachgespräch im Heilig-Geist-Spital

Die Landesministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter (SPD) weilte zu einem Fachgespräch in der Geriatrischen Rehaklinik Heilig-Geist-Spital in Ravensburg auf Einladung der SPD-Gemeinderatsfraktion.

Im Rundgang durch das historische Gebäude ließ sich die Ministerin von dem medizinischen Leiter Dr. Bengel, sowie OB Dr. Rapp und Erstem Bürgermeister Kraus die Vorzüge des Hauses erklären und zeigen. Altpeter war beeindruckt, wie gut sich geriatrische Räumlichkeiten in einem historischen Gebäude darstellen. Beeindruckend fand sie die hellen und großzügigen Räume, die ein angenehmes Klima für Patienten und medizinisches Personal schaffen.

Im Fach-Gespräch im Cafe des Heilig-Geist-Spitals gab es einen Meinungsaustausch zwischen den oben genannten Persönlichkeiten, dem Vertreter der OSK, Jörg Hempel, sowie Stadträtin Gisela Müller.

Man war sich einig, dass die Trennung zwischen einem Krankenhaus der Akutversor-

gung und der geriatrischen Rehabilitation wie im Heilig-Geist-Spital praktiziert, Sinn macht. Kritisch wird die Kostenverlagerung von Krankenhaus in die Geriatrie gesehen, wie sie durch die Fallpauschale verursacht wird.

Ministerin Altpeter, die vom SPD-Bundestagskandidaten Hannes Munzinger begleitet wurde, machte deutlich, dass mit hoher Intensität an der Fortschreibung des Landesgeriatriekonzeptes gearbeitet wird.

Die Analysedaten zur geriatrischen Versorgung, die derzeit über eine Studie erhoben werden, sollen in das Konzept mit einfließen.

(IST)

Erster Bürgermeister Hans- Georg Kraus erklärt Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD) in der Kapelle des Heilig-Geist-Spitals das mittelalterliche Gemälde über das Fegefeuer, in dem nach seinen Worten auch Politiker gelandet sein sollen.



Peter Simon und Udo Bullmann: „Zypern-Rettung beendet Staatshaftung für Bankrott-Banken“

SPD begrüßt Wahrung von Kleinsparerschutz und Neuordnung des Bankensektors

Peter SIMON, Verhandlungsführer des Parlaments für die Einlagensicherung erklärt: "Die deutliche Botschaft des Europäischen Parlaments an die Mitgliedsstaaten und die Europäische Kommission, die durch die europäische Einlagensicherungsgesetzgebung garantierten Einlagen unter 100.000 Euro im Rahmen des Rettungspakets für Zypern nicht anzutasten, kam endlich auch bei den Euro-Finanzministern an. Für die Rettung nicht die Kleinsparer bluten zu lassen, sondern vermögende Anleger heranzuziehen, sei der einzig gerechte Weg. Spät - aber hoffentlich nicht zu spät, was das Vertrauen der Sparerinnen und Sparer in ganz Europa anbelangt."

"Die nun für Zypern gefundene Lösung hätte die Euro-Gruppe aber bereits vor einer Woche haben können. Stattdessen haben Schäuble & Co. Aller Welt ein derart dilettantisches Krisenmanagement geboten und Ängste in ganz Europa geschürt", so **Peter SIMON** weiter. Laut ARD-Deutschlandtrend bangt nun sogar in Deutschland jeder Zweite um sein Ersparnis.

Peter SIMON: "Dieser Vertrauensverlust geht auch auf das Konto der Bundesregierung, die vertreten durch ihren Finanzminister Schäuble das erste Rettungspaket mit der Einbeziehung auch von Kleinsparern gebilligt hat!"

"In letzter Minute kommt für Zypern der Abschied

vom Bankrott-Bankensystem", erklärt **Udo BULLMANN**, Vorsitzender der SPD-Gruppe im Europaparlament.

"In der Eurozone ist kein Platz mehr für aufgeblasene Finanzsysteme, die von Steuer-Dumping und Geldwäsche leben. Die Zeit privatisierter Bankgewinne und sozialisierter Bankverluste in Europa muss nun ein Ende finden", stellt **Udo BULLMANN** klar.

Hintergrund:

Die EU-Finanzminister haben in der Nacht zum 25.03.2013 ein Rettungspaket für das angeschlagene Zypern beschlossen. Demnach wird Zypern zehn Milliarden Euro von EU und IWF erhalten. 6,7 Milliarden Euro wird der Inselstaat selbst aufbringen. Der marode Bankensektor soll dazu teilweise abgewickelt und neu strukturiert werden. Spareinlagen bis zu 100.000 Euro bleiben staatlich garantiert.



Peter Simon, MdEP

Hans-Böckler-Str. 1

68161 Mannheim

Tel. 0621 / 82037802

Fax 0621 / 82037803

kontakt@peter-simon.eu

Europaabgeordneter Peter Simon und Bundestagskandidat Hannes Munzinger bei einer Veranstaltung zur europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik in Ravensburg.

Neue Gesichter im Kultusministerium

Am 23. Januar 2013 wurde **Andreas Stoch**, MdL als neuer Kultusminister von Baden-



Württemberg vereidigt und hat das Zepter im Kultusministerium bereits übernommen. Der 43 Jahre alte Jurist aus Heidenheim mit den Schwerpunkten Zivil- und Wirtschaftsrecht war bislang parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion und vertrat als Obmann die SPD-Landtagsfraktion im Untersuchungsausschuss zum EnBW-Aktienankauf durch die alte Landesregierung unter Ministerpräsident Stefan Mappus. Gerade diese Aufgabe hat ihm viel Respekt eingebracht, denn er gilt als objektiver Querdenker, der stets fachlich und sachlich an die Aufgaben heran geht.

In den kommenden Monaten wird er viele Bereiche im Kultusministerium beackern müssen. So steht die regionale Schulentwicklungsplanung an sowie die Neuordnung der Schullandschaft, wenn es um Inklusion und individuelles Lernen in allen Schularten geht. Eltern, Verbände wie Gewerkschaften stellen hohe Anforderungen an den neuen Kultusminister und auch die Opposition wird ein scharfes Auge auf das Tun des neuen Kultusministers werfen. Doch Andreas Stoch kennt das politische Geschäft. Die ersten Aussagen nach seinem Amtsantritt in Sachen „Rückkehr weiterer Schulen zum G9“ lassen jetzt schon darauf schließen, dass er mit Sicherheit mit kühlem Kopf und klarem Sachverstand das Heft fest in der Hand behalten wird.

Im aktuellen Interview auf dem Kultusportal macht er klare Aussagen zu seinem Aufgabenspektrum in den kommenden Monaten und Jahren. Er freue sich auf seine Aufgabe und ist sich dessen bewusst, dass die Bildungspolitik in Baden Württemberg einen zentralen Stellenwert habe. Seine Auf-

gabe sei es, das Bildungssystem zukunftsfähig zu machen. Er wird die ihm gestellten Aufgaben zu bewältigen wissen und dem Druck standhalten. Die Menschen im Land werden die notwendigen Antworten bekommen und Vertrauen zur Neuordnung im Schulsystem fassen.

Eine weitere Veränderung gab es Anfang März innerhalb des Kultusministeriums, denn der bisherige Staatssekretär im Kultusministerium Dr. Frank Mentrup MdL trat zum 1. März nach seinem überragenden Wahlsieg in Karlsruhe das Amt des OB an.

An seiner Stelle hat **Marion von Wartenberg** das Amt übernommen und ist zukünftig für den gesamten frühkindlichen Bildungsbereich zuständig sein. Die gelernte Erzieherin, Klinik- und Altenseelsorgerin und stellv. Vorsitzende des DGB-Bezirks Baden- Württemberg hat 2002 das Bundesverdienstkreuz und 2006 die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg erhalten.

Sie gilt als kluge, pragmatisch denkende Frau und widmet sich Themen wie der Bildungsgerechtigkeit, dem Fachkräftemangel und verspricht Erzieherinnen wie Lehrer mitzunehmen.

Der scheidende Staatssekretär hat in den



letzten 1 1/2 Jahren hervorragende Arbeit geleistet. Er verstand es wie kein anderer vor ihm kommunikativ alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen und sorgte dafür, dass die unterschiedlichsten Ausgangspunkte und Ansichten immer wieder disku-



Christel Ulmer-Walz

Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Ravensburg

tiert wurden. Seine hohe Fachkompetenz brachte ihm in den verschiedensten Fachkreisen viel Vertrauen und Hochachtung ein. In den vielen Gesprächsrunden begegneten sich die unterschiedlichsten Entscheidungsträger, aber auch erstmals geladene Erzieherinnen auf Augenhöhe. Die Beteiligten diskutierten aktuelle Schwierigkeiten, politische Entscheidungen und anstehende Änderungen auf vielfältigen sachlichen Ebenen und aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln. So trug wohl auch manche Überlegung der Fachkräfte dazu bei, dass betroffene Entscheidungsträger für deren Arbeit sensibler geworden sind.

Wenngleich auch die geladenen Fachkräfte nicht mit einem eigenen Stimmrecht diverse Entscheidungen mit beeinflussen konnten, so wurden doch während seiner Amtszeit die ersten Schritte in die richtige Richtung vollzogen. Denn schließlich verfügen gerade diese über hohes Insiderwissen, das gerade bei der Neuordnung des frühkindlichen Bildungssystems von enormer Bedeutung ist.

Marion von Wartenberg wird in den kommenden Jahren in vielen Bereichen die anstehenden Probleme bewältigen müssen. Denn der drohende Fachkräftemangel muss schon im Hinblick auf den kommenden Rechtsanspruch ab dem vollendeten 1. Lebensjahr im August 2013 bewältigt werden. Insgesamt muss das Berufsbild der Erzieher / Erzieherinnen attraktiver gestaltet werden und auch die derzeitigen Rahmenbedingungen müssen zum Wohle der Kinder und Fachkräfte dringend auf den Prüfstand. Gerade das frühkindliche Bildungssystem muss nachhaltig verankert werden,

wenn es zukünftige Aufgaben erfolgreich bewältigen muss.

Dr. Frank Mentrup war sich dessen bewusst und hat bereits während seiner Amtszeit mit dem „Pakt für Familien“ für die Einführung der Praxisintegrierten ErzieherInnen Ausbildung (PIA) und der Erweiterung des Fachkräftekataloges wichtige Schritte unternommen. Denn jedes Kind in diesem Land ist es wert, dass es von Anfang in einem nachhaltigen Bildungssystem heranwachsen kann, das ist Bildungsgerechtigkeit. Dabei gilt es nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Auge zu behalten, sondern auch dafür zu sorgen, dass Frauen den Wiedereinstieg in das Berufsleben erfolgreich bewältigen und damit vor Altersarmut geschützt werden.

Das betrifft vielfach auch viele tausend Fachkräfte, die oft in Teilzeit arbeiten, wenig verdienen. Sie benötigen bessere berufliche Aufstiegschancen und ein nachhaltiges Fort-, Weiterbildungs- und Gesundheitssystem. Zudem müssen wir zukünftig Rahmenbedingungen schaffen, die dafür sorgen, dass die Fachkräfte im angemessenen Rahmen jedes Kind gemäß seiner Entwicklung bestmöglich begleiten und fördern können. Leitungskräfte, die über eine angemessene Leitungszeit verfügen, können die ihnen anvertrauten Fachkräfte und Eltern begleiten und in angemessener Zeit Verwaltungsaufgaben erfüllen. Dazu brauchen wir einen verbindlichen Orientierungsplan und eine verlässliche nachhaltige Finanzierung des gesamten Bildungssystems.

(CU)



B 30-Süd: Hektische Vorbereitung zum Spatenstich vor dem 22. September.

Impressum

SPD Ravensburg

Christel Ulmer-Walz

Mozartstr. 55
88214 Ravensburg

Telefon:
(0751)35 44 52 1

E-Mail:
christel-u@web.de

Web:
www.spd-ravensburg.de

Redaktion:

- Brigitte Eichhorn-Schmiedel (BES)
- Ingrid Staudacher (IST)
- Christel Ulmer (CU)
- Volker Petzold (VP)
- Felix Rückgauer (FR)

SPD-Onlinezeitungen

- Roter Turm
spd-ravensburg.de
- Roter Seehas
spd-bodenseekreis.de
- 's Rote Füchse
spd-ehingen.de
- Bibervision
spd-biberach.de

SPD